

Presseerklärung der Bürgerinitiative SüdWest Braunschweig zur Ablehnung einer weiteren Machbarkeitsstudie durch den Rat der Stadt Salzgitter und zu weiteren Überlegungen im Braunschweiger Rathaus

Heute wird in "news38" Braunschweigs Oberbürgermeister folgendermaßen zitiert:

***Zweiter Versuch mit Salzgitter?***

*Allerdings zeigte sich Markurth gegenüber news38.de erneut optimistisch, "dass aufgeschoben nicht aufgehoben" ist. Nach dem Ratsbeschluss von Salzgitter sei kurzfristig zwar nichts mehr zu machen. "Aber in zwei bis drei Jahren wird das Thema wieder auf dem Tisch liegen..."*

<https://www.news38.de/braunschweig/article214748341/Neue-Gewerbegebiete-Wer-will-mit-Braunschweig.html?ref=sec>

## **Das "Nein" aus Salzgitter gilt auch für Braunschweig! Jetzt Kurs ändern; neue Chancen nutzen, eigene Konzepte endlich ernst nehmen!**

Mit seinem "Nein" hat der Rat der Stadt Salzgitter nicht nur den eigenen Bürgern, sondern auch den Braunschweigern sehr geholfen. Damit wurde vorerst die Zerstörung der letzten großen Grünfläche am Stadtrand ebenso verhindert wie die damit verbundenen sehr schädlichen Folgen für die Umwelt und das Stadtklima. Europas bester Ackerboden bleibt erhalten. Klar ist: Diese Chance muss genutzt werden; jetzt kann und darf es kein "weiter so" mehr geben.

**Nach Auffassung der Bürgerinitiative leiten sich daraus folgende Konsequenzen ab:**

### **1. Kommunale Zusammenarbeit mit SZ ausbauen**

Salzgitter hat einen "Masterplan Mobilität", BS nicht. BS hat dafür ein Stadtklimakonzept, das SZ nicht hat. Gleiches gilt für den Luftreinhalteplan, das Biotopverbundkonzept, sowie ein Pflanzen- und Tierartenschutzkonzept. Hier liegt sehr viel Potenzial für eine enge Zusammenarbeit der beiden Städte und viele ungenutzte Möglichkeiten für anstatt gegen Klimaschutz zu arbeiten.

### **2. Ungleichentwicklung in der Region (z.B. im Vergleich zu Helmstedt oder Osterode,...) nicht weiter zulassen.**

Während Braunschweig als Oberzentrum weiter wachsen will und dafür (zusammen mit SZ) 60 Mio € Landeszuschüsse beantragen wollte, entwickeln sich die Lebensverhältnisse der Region immer weiter auseinander, so etwa in Helmstedt und Osterode, die mit massiven Verlusten an Einwohnern und Wirtschaftskraft und hohen Defiziten zu kämpfen haben. Soll der Regionsgedanke nicht vollends ad absurdum geführt werden, dann hat Braunschweig allein keinen Anspruch darauf, mit Landesfördergeldern weiter wachsen zu müssen.

### **3. Abschied vom bisherigen Konzept "jede Fläche zu jeder Zeit"**

Das Credo der Wirtschaftsförderer und der Lobbyverbände: "Wir müssen Industrie- und Gewerbeflächen zu jeder Anfrage passend bevorraten und bereithalten halten können", hat ausgedient. Grünflächen sind einmalig, und nicht vermehrbar. Diese Erkenntnis muss

endlich auch in Braunschweig praktische politische Konsequenzen haben. Zum Profil Braunschweigs als Hochschul- und Forschungsstadt gehören keine neuen Fabriken und verkehrsintensive Logistikbetriebe. Dieses Thema kann Braunschweig Salzgitter als drittgrößtem Industriestandort in Niedersachsen überlassen, wo für Watenstedt bereits entsprechende Perspektiven bestehen und eine Konkurrenz dazu aus Braunschweig unsinnig wäre.

#### **4. Flächenfraß ist gestern, Innenverdichtung statt Außenversiegelung**

*"Mit Grund und Boden soll sparsam und schonend umgegangen werden; dabei sind zur Verringerung der zusätzlichen Inanspruchnahme von Flächen für bauliche Nutzungen die Möglichkeiten der Entwicklung der Gemeinde insbesondere durch Wiedernutzbarmachung von Flächen, Nachverdichtung und andere Maßnahmen zur Innenentwicklung zu nutzen sowie Bodenversiegelungen auf das notwendige Maß zu begrenzen. Landwirtschaftlich, als Wald oder für Wohnzwecke genutzte Flächen sollen nur im notwendigen Umfang umgenutzt werden."* (Paragraf 1a Absatz 2 Baugesetzbuch)

*"Zudem ändern sich auch die Ansprüche, die Betriebe an Arbeitsstätten stellen. Monofunktional konzipierte Gewerbegebiete am Rand der Stadt verlieren an Bedeutung. Innenstadtnah gelegene Arbeitsstätten mit guter ÖV-Anbindung, mit guter technischer und sozialer Infrastruktur in einem attraktiven städtebaulichen Umfeld bzw. mit anspruchsvoller Architektur und ergänzenden Freizeit- und gastronomischen Angeboten werden zunehmend nachgefragt."*

(Gewerbeflächenentwicklungskonzept der Stadt Braunschweig, 2016, S.2)

Zusammen mit entsprechenden Aussagen im Gewerbeflächenentwicklungskonzept (s.o.) ist damit der Rahmen für die künftige Entwicklung abgesteckt. Für jeden Quadratmeter Gewerbefläche aus der Umwandlung von Grünland müssten Ausgleichsflächen bereitgestellt werden. Diese gibt es in Braunschweig nicht mehr, worauf OB Markurth in der letzten Ratssitzung nachdrücklich hinwies. Wachstum kann es nur noch durch Umnutzung oder Verdichtung vorhandener Flächen geben (siehe "Bahnstadt"), aber nicht mehr durch ausgleichspflichtige Umwandlungen.

**Abschließend stellen wir fest: "Nein" heißt "nein", auch für Sie Herr Markurth!**

Braunschweig, 03.07.2018

Bürgerinitiative SüdWest Braunschweig